

Medien, Macht und Ohnmacht

Wir begehen heute den 8. Mai 1945, die Befreiung Deutschlands vom Unrecht des Nationalsozialismus. Wir gedenken der Opfer von Terror, Krieg und Gewaltherrschaft. Wir verneigen uns vor den wenigen, die aufgestanden sind gegen das verbrecherische Regime.

Der 8. Mai ist aber auch der Geburtstag unseres Grundgesetzes. Genau heute vor siebzig Jahren wurden in Bonn im Museum Koenig die Arbeiten am Verfassungstext beendet. Es dauerte dann noch einige Tage, bis diese provisorisch gedachte Verfassung von den Parlamenten der westdeutschen Bundesländer angenommen und von den alliierten Besatzungsmächten genehmigt worden ist, ehe sie dann am 23. Mai 1949 verkündet wurde. Aber am 8. Mai, kurz vor Mitternacht, wurde die Textarbeit abgeschlossen. Dieses Datum war kein Zufall. Konrad Adenauer, damals noch Präsident des Parlamentarischen Rates und später erster Bundeskanzler, hatte sehr darauf gedrängt, die neue Verfassung auf den Tag vier Jahre nach dem endgültigen Zusammenbruch des Hitler-Regimes zu vollenden. In einer kleinen Ansprache sagte er damals, dieser 8. Mai sei, Zitat: „wohl in Wahrheit ... für uns Deutsche der erste frohe Tag seit dem Jahre 1933.“

„Nie wieder!“ steht in unsichtbaren Buchstaben über diesem Grundgesetz
„Nie wieder!“ ist das zentrale Versprechen dieser Verfassung: Nie wieder sollte es möglich sein, in Deutschland die Demokratie abzuschaffen und ein totalitäres Regime zu errichten. Nie wieder sollten Menschen vom Staat vertrieben, versklavt, ermordet werden können.

Populär ist das Grundgesetz heute, nach siebzig Jahren, vor allem deshalb, weil es eine Verfassung der Freiheit ist. Eine Verfassung der praktischen, alltäglichen Bürgerfreiheit, auf die sich jeder berufen kann. Ganz bewusst haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes die Grundrechte, die Garantien elementarer Freiheiten, ganz nach vorn gestellt, an den Anfang der Verfassung.

Wer sie einmal liest, wird erstaunt sein über ihre Kraft und Kürze. Manche Formulierungen besitzen eine fast literarische Wucht, einprägsam wie Schlagzeilen:

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, heißt es in Artikel 3. „Eine Zensur findet nicht statt“ (Artikel 5). „Die Wohnung ist unverletzlich“ (Artikel 13). Und natürlich die berühmteste Formel der Verfassung, ihr moralischer Imperativ: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Zu den wichtigsten Verbürgungen des Grundgesetzes gehört die Meinungs- und Pressefreiheit. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu wieder und wieder gesagt, die Meinungsfreiheit sei „schlechthin konstitutiv“ für die freiheitlich-demokratische Ordnung unseres Landes. „Schlechthin konstitutiv“.

Auch das ist natürlich eine Reaktion auf den Zusammenbruch von Weimar, die Gleichschaltung der Medien im NS-Staat und den Missbrauch von Propaganda zur Entfesselung von Krieg und Terror.

Für jeden Journalisten ist diese zentrale Verfassungsnorm natürlich Auftrag und Ansporn. Es ist eine schwindelerregende Aufgabe, die uns da auferlegt wird. Eine immense Verantwortung. Nur zu gern würde ich behaupten, dass wir uns dieser Verantwortung jederzeit bewusst sind oder ihr gar ausnahmslos gerecht werden. Aber das wäre absurd und größtenwahnsinnig.

Die Wahrheit ist, dass sich der Journalismus aktuell mit Fragen und Herausforderungen konfrontiert sieht, die neu sind, und auf die wir längst noch keine endgültigen Antworten haben.

Deshalb trägt dieser Vortrag den Titel „Macht und Ohnmacht der Medien“, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, einige Gedanken zur Lage meiner eigenen Branche anzureißen. Zum Teil sind das eher persönliche Betrachtungen, Selbstbefragungen aus den vergangenen Monaten, und ich würde mich freuen, wenn Sie mich ein Stück weit bei dieser Selbstbefragung, beim lauten Nachdenken über unseren wunderbaren schwierigen Beruf begleiten würden.

Vor einiger Zeit, meine Damen und Herren, habe ich einen ziemlich eindrucksvollen Vormittag in einem Ballsaal ein paar Kilometer außerhalb von Washington verbracht. Ich war als Reporter akkreditiert bei der Jahrestagung des Conservative Action Committee, kurz C-PAC, dem Hochamt der amerikanischen Rechten. Es gibt keine vergleichbare Veranstaltung in Deutschland, jedenfalls keine, die mir einfiel. Stellen Sie sich hilfswise vielleicht einen politischen Aschermittwoch auf Speed vor, mit Tausenden Teilnehmern und hot dogs statt Brezen.

Beim C-PAC trifft sich nicht das feine republikanische Establishment aus Washington, die think tanker und konservativen Transatlantiker, beim C-PAC trifft sich die rechte Basis, die Leute aus dem ganzen Land, die gegen die Homoehe sind, gegen Abtreibung, gegen den Islam, und für das Recht, halbautomatische Waffen auch auf Schulhöfen zu tragen. Jeder Tag beginnt mit dem Treueschwur auf die Republik, im

basement hat die Waffenlobby Schießstände aufgebaut und die Podien tragen Titel wie "Wann hat der Dritte Weltkrieg begonnen?"

Für mich persönlich war dies eine ebenso lehrreiche wie verstörende Veranstaltung. Lehrreich, weil dort einmal unmittelbar zu beobachten war, aus welchen Kraftquellen, aus welchen hitzigen Emotionen sich die Präsidentschaft von Donald Trump speist. Und verstörend, ja fast ein bisschen beängstigend war die Veranstaltung, weil sie die tiefe Abneigung, den kaum verhohlenen Hass der Trump-Anhänger auf weite Teile der Medien anschaulich machte.

Der große Ballsaal war dreigeteilt: Ganz vorne die riesige Bühne, auf der erst Stephen Bannon, der ideologische Vordenker von Trump auftrat, der damals noch hoch im Kurs stand, und schließlich der Präsident selbst. In der Mitte saßen die Zuhörer, die Trump frenetisch bejubelten, und ganz hinten, abgetrennt durch eine unübersehbare Sperre, die Presse.

Diese Trennung war bewusst inszeniert. Denn "die da vorne", die Redner und die Zuschauer, waren entschieden gegen "die da hinten", die Reporter, Kameraleute und Fotografen. Immer wieder riefen die Redner von der Bühne, allen voran Trump: "Dahinten sitzen sie, die fake news media, die Feinde, dahinten sitzt die "Opposition party" - und immer wieder gab es dafür grölenden Beifall der Zuschauer.

Ich muss sagen, ich habe schon bewundert, mit welcher professionellen Gelassenheit die amerikanischen Kollegen das Gewitter der Anschuldigungen und Beleidigungen über sich hinwegziehen ließen - und gleichzeitig live berichteten. Denn Trumps Rede wurde ja von den großen Kabelsendern direkt übertragen, ungeschnitten, unkommentiert, auch von CNN - dem Sender, den Trump als "Clinton News Network" verhöhnte.

An mir ist das nicht ganz spurlos vorbeigegangen. Ich habe mich, ehrlich gesagt, ein wenig beklommen gefühlt während dieser rhetorischen Saalschlacht, nicht direkt bedroht, aber doch angefeindet, und sollte demnächst ein US-Journalist von Rechten körperlich angegriffen werden, ich ahne jetzt, woher die latente Gewalttätigkeit kommt. Und wer sie anheizt.

Natürlich hat es auch in Deutschland in den vergangenen Jahren "Lügenpresse"-Sprechchöre gegeben, es gibt eine widerliche Flut von Beleidigungen und Drohungen gegen Journalisten im Netz, und es hat sogar gelegentlich tätliche Übergriffe gegen Journalisten gegeben, die nur ihren Job machen. Das alles ist grauenhaft und erbärmlich.

Aber es ist eben doch noch einmal etwas völlig anderes, wenn diese Attacken nicht vom rechten Rand kommen, von der Straße, sondern vom gewählten Regierungschef, dem ersten Mann im Staate. Aus dem Zentrum der Macht.

Diese beispiellose Konstellation wirft für die US-Kollegen, aber auch für die europäischen Korrespondenten in Washington ganz neue Fragen auf:

Wie geht man mit einem Präsidenten um, der nicht mehr über die Medien mit seinen Wählern kommuniziert, sondern an den Medien vorbei, sogar gegen die Medien, über soziale Netzwerke?

Wie geht man mit einem Präsidenten um, der wiederholt lügt, der Fakten ignoriert, verdreht oder auflöst, aber seinerseits die Medien der Lüge bezichtigt?

Wie geht man mit einer Regierung um, die nicht nur die Akkuratessse der journalistischen Arbeit in Frage stellt, sondern gleich die Legitimation einer freien Presse insgesamt?

Und wie kommt man als Medium aus der Falle heraus, von der gewählten Administration zur Partei erklärt zu werden, zur opposition party, zum Gegner, gar zum Feind des amerikanischen Volkes?

Um nicht falsch verstanden zu werden, meine Damen und Herren: ich halte Kritik an den Medien nicht nur für legitim, sondern für geradezu notwendig. Sowohl von Politikern als auch von Lesern, Nutzern, Zuschauern. Vermutlich hat es das in der Vergangenheit eher zu wenig gegeben, und ich will bereitwillig einräumen, dass wir Journalisten mitunter besser darin sind, bei der Kritik auszuteilen als sie selbst einzustecken.

Insofern finde ich Blogger, "Bürgerjournalisten" oder Webseiten gut und richtig, die unsere Fehler dokumentieren, unsere blinden Flecken beschreiben und uns zu mehr Konzentration zwingen, zu mehr Geistesgegenwart und Transparenz. Diese kritische Öffentlichkeit, diese "fünfte Gewalt" aus dem Netz, wie sie der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen vielleicht ein wenig euphorisch genannt hat, empfinde ich nicht als Bedrohung, sondern als Chance.

Etwas spöttisch könnte man vielleicht sagen, dass Bürgerjournalisten, Blogger und Crowdsourcing-Projekte für den klassischen Journalismus sind, was liquid democracy im besten Falle für die repräsentative Demokratie ist: Eine Herausforderung, geboren aus dem Geist des Digitalen. Eine Chance, die eigenen Stärken und Schwächen neu zu bestimmen. Und, natürlich auch das: ein Misstrauensvotum.

Leider jedoch ist halbwegs konstruktive Kritik an der Arbeit der Medien im Netz eher die Ausnahme als die Regel. Bei einem Teil der von Pörksen als "fünfte Gewalt" beschriebenen Öffentlichkeit, einem besonders lauten Teil, zementiert sich zunehmend ein fataler Eindruck. Weil sie selbst bestimmte Themen oder Ereignisse anders bewerten als es die Medien tun, kommen die Leute, die in dieser Parallelwelt gefangen sind, zu dem Schluss, die Berichterstattung müsse falsch, manipuliert und

unwahr sein. Sie leben in einem Spiegelkabinett von Spekulationen und Diffamierungen, in dem sich jedes Gerücht endlos vervielfältigt.

Natürlich hat das Netz die Möglichkeiten enorm verbessert, sich umfassend zu informieren. Aber man findet da eben auch scheinbare Bestätigungen für nahezu jeden Unsinn: Wilde Gerüchte über Flüchtlinge, die angeblich Tiere in Zoos schlachten, um sie zu essen. Oder die nicht aus der Welt zu schaffende Behauptung, die Polizei habe Anweisung, Straftaten von Flüchtlingen totzuschweigen. Wenn wir Journalisten in solchen Fällen nachhaken und die Gerüchte zu widerlegen versuchen, ist auch das für viele dieser Menschen kein Grund, ihre Meinung zu ändern, sondern nur der Beweis dafür, wie umfassend sie belogen werden. Und wie sehr die Medien ferngesteuert sind.

Meine Damen und Herren, wir werden uns von den Lügenpresse-Parolen und den Verschwörungstheorien nicht verrückt machen lassen. Was mich aber schon beunruhigt, ist der Umstand, dass Zweifel an unserer Integrität mittlerweile weitere Teile der Gesellschaft erreicht haben. Jede Woche erreichen uns Zuschriften von Lesern und Abonnenten, in denen ganz vernünftige Schreiber den Verdacht begründet sehen, dass wir in irgendeiner Weise "gesteuert" seien, wahlweise von der Regierung Merkel, dem CIA oder einem mächtigen Konzern.

Erst letztens hat mich ein alter Freund nach dem zweiten Glas Rotwein gefragt, "nun erzähl mal, wie ist das denn nun wirklich, wenn das Kanzleramt bei Euch anruft und die Themen durchgibt...?"

Offen gesagt: Ich war fassungslos. Mein Freund ist kein Spinner, ganz im Gegenteil, er ist sehr erfolgreich, Partner in einer großen internationalen Unternehmensberatung, weltgewandt und erfahren. Vater von zwei Kindern. Wie, um Himmels willen, kann ein solcher Mann glauben, ein Anruf von "ganz oben" reiche aus, damit wir einlenken?

Für mich sind solche Gespräche Beleg dafür, dass auch die Medien massiv erfasst sind von der generellen Vertrauenskrise, mit der heute alle Institutionen zu kämpfen haben, Parteien, Kirchen, Parlamente, Gerichte, Unternehmen, auch Ärzte, ganz generell die Wissenschaft. .

Wem soll ich überhaupt noch glauben, fragen sich viele Menschen, an wen kann ich mich noch halten? Das betrifft Unternehmen (Stichwort Abgasbetrug) genauso wie es die Banken betrifft (Stichwort Finanzkrise). Es gilt für die Kirchen nach ihren Missbrauchsfällen, es gilt für die Politik sowieso, und es gilt eben auch für den Journalismus.

Vor nicht allzu langer Zeit hat infratest dimap im Auftrag der ZEIT eine Studie zum Medienvertrauen in Deutschland erstellt. Danach haben nur vier von zehn Deutschen „sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen in die politische Berichterstattung der

Medien. Die Mehrheit, insgesamt 60 Prozent der tausend repräsentativ Befragten, gab an, wenig oder gar kein Vertrauen in die Medien zu haben. Wobei allerdings, das muss man dazu sagen, das Bild anders aussieht, wenn man differenziert zwischen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern, Qualitätspresse, Boulevardmedien, Privatsendern und sozialen Netzwerken.

Andere Umfragen haben ähnliches ergeben. So haben etwa 20 Prozent der Deutschen den Eindruck, der Vorwurf der Lügenpresse habe seine Berechtigung, und ein noch größerer Prozentsatz glaubt, dass Medien „von oben“ gesteuert würden.

Woran liegt das? Warum zweifeln so viele Bürger an uns?

Aktuell liegt das natürlich an dem einen Skandal, an den Sie jetzt alle gerade denken, am Fall Relotius. An der Geschichte des Spiegel-Kollegen, der mit unfassbarer Energie, beispiellosem Erfindungsreichtum und einem fast unheimlichen Einfühlungsvermögen seinen Arbeitgeber, seine Kollegen und vor allem seine Leser getäuscht hat. Und damit unserer Branche sehr geschadet hat.

Ich will den Vorgang überhaupt nicht relativieren, aber zur Wahrheit gehört natürlich, dass keine Branche völlig gegen Hochstapler und Betrüger gefeit ist. Das soll schon in Kliniken vorgekommen sein, in Banken und Investmenthäusern sowieso.

Aber das ist kein Trost und schon gar keine Erklärung. Wie es Claas Relotius gelingen konnte, alle Sicherungssysteme des Spiegel und die berühmte Dokumentation des Nachrichtenmagazins über Jahre zu täuschen, vermag ich nicht zu sagen. Das muss die Spiegel-interne Untersuchung ergeben, die noch nicht abgeschlossen ist.

Mir scheint aber, dass der Betrug von Relotius in einem Umfeld stattgefunden hat, dass mehr auf die schön erzählte Geschichte, auf die Bestätigung eigener Vorurteile aus war als auf Widersprüche, Ambivalenzen, auf Komplexität, die nun mal zur Wirklichkeit gehört. Wenn das so sein sollte, und ich kann darüber letztlich auch nur spekulieren, dann wäre das ein systemisches Problem, das über den Einzelfall Relotius hinausgeht.

Aber es gibt noch mehr als nur diesen Skandal, das uns zu schaffen macht, vieles kommt aktuell zusammen, das uns Vertrauen gekostet hat: ein gewisser Trend zu Skandalisierung und Boulevardisierung auch bei eher seriösen Medien. Denken Sie nur an die Berichterstattung über die anfängliche Begeisterung für den Kandidaten Martin Schulz und seine rasche Ankunft in den Niederungen des Kanzlerkandidaten-Alltags. Beides, der Hype wie das Reden vom vermeintlichen "Absturz", hatten etwas Überhitztes, fast Hysterisches.

Dann gibt es einen irritierenden Hang zum Gleichklang in der Haltung und Kommentierung bei vielen Medien, sodass auch bei wohlmeinenden Lesern gelegentlich die Frage auftaucht: sprecht Ihr Euch eigentlich ab? Das haben wir zum Beispiel nach der Affäre um den damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff und schließlich dessen Rücktritt immer wieder zu hören bekommen, und nicht immer ganz zu Unrecht.

Vertrauen ist aber auch verloren gegangen, weil wir manche Entwicklungen einfach nicht rechtzeitig erkannt haben. Wo etwa waren die Wirtschaftsjournalisten, die von den gigantischen Problemen der Finanzmärkte berichtet haben - bevor die Finanzkrise losbrach? Ich weiß, es gab großartige Kollegen, die gewarnt haben, aber sehr viele waren es nach meiner Wahrnehmung nicht.

Wie konnten, zweites Beispiel, die britischen Kollegen die politischen Kräfte derart unterschätzen, die schließlich zum Brexit führten?

Und: wie um alles in der Welt konnten die meisten amerikanischen Medien derart überrascht werden vom Wahlsieg Donald Trumps? (Fairerweise muss man sagen: auch Trump selbst hat am Wahlabend wohl noch fest mit einer Niederlage gerechnet...)

Natürlich liegt es nahe, bei solchem Versagen, und das ist es: ein journalistisches Versagen, rasch nach ideologischen Gründen zu fragen: Wollten die überwiegend liberalen Ostküsten-Medien etwa nicht sehen, was da in den Weiten Amerikas geschieht? Waren sie zu sehr in ihrer eigenen urban-elitären Blase gefangen, haben sie schlicht den Kontakt zur Realität vieler Menschen verloren, speziell zur weißen Unterschicht? Und, um einen Schritt weiter zu gehen: gibt es ähnliche Entwicklungen womöglich auch in Deutschland?

Solche Vermutungen hat es sogleich gegeben in den Vereinigten Staaten, und einiges spricht dafür, dass da ein Problem liegt. Zugleich aber gibt es auch sehr viel praktischere Gründe für das Versagen.

Der ehemalige Chefredakteur der New York Times, Bill Keller, hat zum Beispiel in einem Interview mit meinen Kollegen Kerstin Kohlenberg und Martin Klingst darauf hingewiesen, dass seine Zeitung früher viele Reporter beschäftigt habe, die vornehmlich über einzelne Regionen des Landes berichtet hätten. Diese Reporter verbrachten viel Zeit in den kleinen Städten und Dörfern, sie kannten die Menschen und ihre Probleme.

Aufgrund des hohen Spardrucks aber, und aufgrund redaktioneller Entscheidungen, wurden diese Reporter nach und nach abgezogen, die Zeitung verlor gleichsam ihre Augen und Ohren in der Provinz, ihre Kontakte, ihre Frühwarnsysteme. Es entstand eine Wahrnehmungslücke.

Früher, sagt Keller, hätten Journalisten ihrem Gespür für die Stimmung im Land vertraut. Heute schauten sie nur noch auf die Datenberge, die Meinungsforscher und Umfrageinstitute produzieren. Und manchmal sind die Daten eben falsch.

Es ist übrigens sehr interessant zu sehen, wie nach den US-Wahlen viele deutsche Medien ihre Reporter in die abgelegensten Winkel der Republik geschickt haben, um genau solche Wahrnehmungslücken zu verhindern. Auch der immense Erfolg von Büchern wie "Hillbilly Elegy" von J.D. Vance oder "Rückkehr nach Reims" des französischen Soziologen Didier Eribon lässt sich nur mit dieser abrupt erwachten Neugier auf die Realität des eigenen Landes erklären.

Es gibt aber, meine Damen und Herren, noch einen weiteren Punkt, der für den manifesten Vertrauensverlust mitursächlich ist

Ein Wendepunkt, auf den wir immer wieder angesprochen werden, war die Berichterstattung über die Ereignisse der Silvesternacht in Köln. Was in einer Nacht von Donnerstag auf Freitag geschah, wurde erst am Montag bundesweit bekannt und selbst dann nur zögerlich verbreitet. Das ZDF berichtete in seinen heute-Nachrichten am Montag noch gar nicht über die Vorfälle in Köln, und die Süddeutsche Zeitung brachte dazu am Dienstag nur eine Meldung auf der Vermischten-Seite.

Solche Entwicklungen scheinen fatale Vorurteile zu bestätigen: dass nämlich unliebsame Auswirkungen des Zuzugs von Flüchtlingen und Migranten bewusst verschwiegen werden. Dass aus Sorge, solche Berichte könnten „den Rechten“ in die Hände spielen, ganz auf Berichterstattung verzichtet wird.

Die Quittung für solche Fehler, und um journalistische Fehler handelt es sich, haben die Medien bekommen. Dass Sender, Magazine und Zeitungen in der Flüchtlingskrise objektiv berichtet haben, glauben laut Umfragen weniger als fünfzig Prozent der Deutschen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: die Medien sind durchaus zur Selbstkorrektur fähig. Nachdem das Thema Köln erst einmal bekannt war, gab es dazu eine hervorragende und ausgewogene Berichterstattung, auch beim ZDF.

Meine Damen und Herren, ehe ich zum Schluss ein paar vorläufige Gedanken zur Wiedergewinnung verloren gegangenen Vertrauens äußern möchte, lassen Sie mich noch eines erwähnen, weil es, glaube ich, zwingend in unseren Kontext gehört.

Das Vertrauen in die Medien erodiert just in einer Zeit, in der weite Teile unserer Branche ökonomisch in schlechter Verfassung sind, speziell die Print-Medien. Anders gesagt: die Krise des Vertrauens trifft zusammen mit einer latenten Krise unseres Selbst-Vertrauens.

Wie Sie alle wissen, stehen die Printmedien seit Jahren wirtschaftlich massiv unter Druck. Die Auflagen sinken, ebenso die Anzeigenerlöse. Korrespondentenbüros werden geschlossen, freie Mitarbeiter gekündigt, Recherche-Budgets gekürzt oder gleich ganz abgeschafft. Und das seit Jahren.

Die fünfte Staffel der großartigen US-Fernsehserie „The Wire“ handelte schon im Jahr 2008 vom Niedergang der amerikanischen Zeitungen. In einer Schlüsselszene ruft der Redaktionsleiter die Mitarbeiter im Newsroom zusammen. Er spricht von den Sparvorgaben der Eigentümer. Er spricht von Entlassungen. Zum Schluss sagt er: „Wir müssen Wege finden, mehr mit weniger zu schaffen.“

Der Autor der Serie "The Wire", David Simon, war lange Polizeireporter in Baltimore. Er hat selbst solche Sparrunden erlebt und ihren oft demoralisierenden Effekt. Über die von ihm geschriebene Schlüsselszene hat er deshalb einmal gesagt: „You don't do more with less. You do less with less.“

Weniger Ressourcen bedeutet weniger Reporter, weniger Freiraum für Recherchen, weniger Zukunftschancen für Berufseinsteiger.

All das bleibt nicht ohne Folgen für die Atmosphäre in den Redaktionen, für ihr Selbstbewusstsein, für ihr journalistisches Gewicht. Und es bleibt auf lange Sicht auch nicht ohne Folgen für den öffentlichen Diskurs, oder, etwas pathetischer formuliert: es bleibt nicht ohne Folgen für die Demokratie.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, meine Damen und Herren. Ich sehe Probleme, aber ich sehe keinen Grund zum Pessimismus. Im Gegenteil, ich bin optimistisch. Für unsere Profession insgesamt, und auch für den Kampf um das Vertrauen unserer Leser, Nutzer, Zuschauer.

„Less with less“ klingt tatsächlich zu defätistisch für das, was gerade in unserer Branche passiert. Es stimmt schon, manche Blätter sind richtiggehend kaputtgespart worden. Aber zugleich spannen viele Redaktionen international ihre Kräfte zusammen und kommen so zu besseren Geschichten. Lokalredaktionen produzieren interaktive Web-Reportagen, mit dem Datenjournalismus hat sich eine ganz neue Art Themen aufzubereiten etabliert. Die New York Times, obwohl ebenfalls ökonomisch unter Druck, stockt ihre Rechercheteams auf und gewinnt Abonnenten hinzu wie seit langem nicht mehr. Gleichzeitig gibt es viele Ideen zur alternativen Finanzierung von Qualitätsjournalismus: über Stiftungen, Stipendien und Gründerprojekte.

Zugleich bin ich zuversichtlich, dass es uns gelingen kann, auch Vertrauen zurückzugewinnen. Das wird ein langer, mühseliger Prozess, in den wir viel Zeit und Ideen investieren müssen, aber er lohnt sich.

Ich will nicht so tun, als hätte ich dafür ein Patentrezept. Lassen Sie mich aber vielleicht auf drei Punkte hinweisen, die mir unumgänglich scheinen.

Erstens müssen wir über unsere eigenen Unzulänglichkeiten und schlechten Gewohnheiten nachdenken und unsere Fehler öffentlich einräumen. Fehler, vor allem die eigenen, sind blöd, ärgerlich, aber leider unvermeidlich. So sehr man sich auch müht: Wer macht, macht Fehler. Und wer Fehler macht, sollte sich dazu bekennen. Keinem Chefredakteur, keiner Sendung oder Redaktion bricht dadurch ein Zacken aus der Krone. Im Gegenteil, ein souveräner Umgang mit dem eigenen Versagen kann Glaubwürdigkeit schaffen.

Und ich glaube schon, dass in diesem Punkt ein Umdenken beginnt. Nur ein Beispiel: Am 6. Januar 2016 entschuldigte sich Elmar Theveßen, der stellvertretende Chefredakteur des ZDF, öffentlich dafür, dass sein Sender zu lange mit einer Berichterstattung über die Übergriffe in der Kölner Silvesternacht gewartet habe.

Zweitens müssen wir Aufklärung und Transparenz leisten über unsere eigene Arbeit. Wir können erklären, was wir tun und warum. So simpel das klingt, so nachhaltig wird es wirken. Es herrscht viel Unverständnis und Unkenntnis über den journalistischen Beruf, darüber, wie wir recherchieren, unter welchen Bedingungen Reportagen entstehen, nach welchen Spielregeln Interviews ablaufen. Auch darüber müssen wir berichten, nicht als Nabelschau, sondern als Angebot zur Aufklärung. Auch wir bei der Zeit sind gerade dabei, dazu neue Instrumente zu entwickeln. Seit einer Weile finden Sie neben großen Artikeln einen Info-Kasten „Hinter der Geschichte“, der unseren Lesern eine Art making-of des Textes anbietet.

Drittens schließlich müssen wir uns auf eine unserer Kernaufgaben besinnen: die Recherche.

Meinen ist einfach. Meinen kann jeder. Das Netz ist ein Meer von Meinungen, in dem man leicht ertrinken kann.

Recherchieren aber tun vor allem Journalisten. Weil es aufwendig ist, anstrengend, häufig frustrierend, auch weil es teuer ist.

Der Journalist geht raus, er fragt. Nicht nur einen, sondern im besten Falle alle Seiten, er prüft seine Informationen, er pflegt Kontakte in Behörden und Institutionen. Und die stecken ihm Dinge, die er bei der Pressestelle nicht erfährt und die er dann prüft. Er besorgt sich Behördenakten nach dem Informationsfreiheitsgesetz, er wühlt, um herauszufinden, wie es wirklich war. Und dabei ist er keine Maschine, er begleitet vielmehr Menschen, manchmal über Monate, weil man durch ihre Geschichte die Wirklichkeit besser versteht. Auch auf einer emotionalen Ebene. Und das machen eben nur Journalisten.

Ich glaube, wenn wir uns auf Recherchen als eine unserer Kernaufgabe konzentrieren, haben wir die besten Aussichten, all jene zu erreichen, die Argumenten zugänglich sind.

Ein Fall wie der von Claas Relotius ist ein Schlag ins Kontor, aber er ändert nichts daran, dass wir nur mit Recherche Vertrauen zurückgewinnen können. Auch wir bei der Zeit haben jetzt noch einmal all unsere Kontrollmechanismen überprüft und verschärft, aber am Ende werden wir nur Erfolg haben, wenn wir unseren Kolleginnen und Kollegen vertrauen, wenn wir sie ermutigen, auch einmal eine Recherche abubrechen, wenn sie in eine Sackgasse geraten ist. Wenn wir nicht auf die glatten Oberflächen schauen, sondern auf die Brüche und Widersprüche der Wirklichkeit.

Meine Damen und Herren, das Grundgesetz, das heute vor siebzig Jahren vollendet wurde, gibt den Medien enorme Freiheit und viel Verantwortung. Das ist meinen Kolleginnen und Kollegen bei der Zeit kein Ruhekitzen, sondern Ansporn und Auftrag.